

Hamburgers Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 40

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Linne-Grath-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 3. Oktober 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Der Einfluß des Kriegszustandes auf den Stand unseres Verbandes.

Die Möglichkeit des Kriegsausbruches und die Eigenart unseres Berufes mit seinen schon in normalen — vielmehr aber noch in anormalen — Zeiten stark fluktierenden Bestandteilen machte in den ersten Wochen nach der Mobilmachung zuverlässige zahlenmäßige Feststellungen unmöglich, zumal auch vielfach unsere Filialverwaltungen ganz oder teilweise unter die Fahne gerufen wurden, oder im ersten Schreden für umfangreiche und schwierige Ermittlungen nicht zu haben waren. Außerdem mußte allem voran die Aufklärungsarbeit und Erledigung der bedeutend vermehrten und durch die schlechten Verkehrsverhältnisse erschwerten Verwaltungsgeschäfte gestellt werden. Darum können wir erst jetzt gewisse Angaben darüber machen, wie der Krieg auf unsere Organisation gewirkt hat.

Am stärksten mußte sich naturgemäß die Einberufung eines großen Teiles unserer Mitglieder bemerkbar machen. Darüber ergab eine anfangs September aufgenommene Statistik, die 142 Filialen und 263 verschiedene Orte unseres Verbandes mit 47 088 Mitgliedern — am Ende des zweiten Quartals dieses Jahres — umfaßt (24 Filialen sandten die Fragebogen nicht rechtzeitig ein), daß nicht weniger als 10 414 unserer Mitglieder (22,1 pSt.) zum Militär einberufen wurden. Davon sind 8084 (87,9 pSt.) verheiratet. — Daß bei der Schnelligkeit, mit der besonders die jüngeren Kollegen einberufen wurden, manche nicht abgemeldet haben und zunächst als abgereist gelten und weil fortgesetzt noch Mitglieder unter die Fahne müssen, wird sich die angegebene Zahl noch wesentlich erhöhen.

Arbeitslos wurden uns gleichzeitig 12 586 Kollegen gemeldet. Davon waren in unseren Kontrolllisten für Arbeitslosenunterstützung und für beitragsfreie Marxen eingetragen 5977 oder 12,6 pSt. unserer Mitglieder vom Ende des zweiten Quartals, die von der Umfrage erfaßt wurden. In der Zwischenzeit hat sich nach den uns ausgegangenen Berichten vor allem wegen des herangerückten Umzugstermins und der in einer größeren Zahl Städte eingeführten Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit vermehrt. Doch wird die Arbeitslosigkeit in einigen Wochen sicher ganz bedeutend zunehmen.

Wir werden die Ergebnisse unserer auch noch auf andere Gebiete ausgedehnten Umfrage in der nächsten Nummer des „Vereins-Anzeiger“ noch eingehender besprechen. Eine weitere Umfrage in den kommenden Tagen soll weitere Aufschlüsse über den Stand unserer Berufs- und Organisationsverhältnisse schaffen.

Unsere Maßnahmen zur Verminderung des herrschenden Notstandes.

Nach Abschluß unserer Verhandlungen mit dem geschäftsführenden Vorstand des Arbeitgeberverbandes über die in Nr. 36 des „Vereins-Anzeiger“ veröffentlichten Maßnahmen zur Binderung der Arbeitslosigkeit durch gemeinsame Eingaben zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch Arbeitszeitverkürzung, Verbot der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, Sicherung des Tarifvertrages und anderes mehr, wandten wir uns an den Bund deutscher Dekorationsmaler mit dem Ersuchen, in gleichem Sinne auch bei seinen Mitgliedern zu wirken. Hierauf erhielten wir folgende Zuschrift:

München, den 9. September 1914.

Eitl. Verband der Maler, Lackierer usw.

z. S. des Herrn Otto Streine, Hamburg.

In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 7. September dieses Jahres diene folgendes zur Mitteilung: Wie Sie bereits wissen, haben wir in dieser Angelegenheit zunächst diejenigen Schritte getan, welche Aussicht auf Verwirklichung haben.

In unserm Rundschreiben, welches wir vor zirka drei Wochen an die Behörden in Deutschland hinaus-

gegeben haben, haben wir eine Reihe von Mitteln an-
geführt, und die zahlreich eingelaufenen Rückantworten
von diesen Stellen lassen erkennen, daß man unsern
Wünschen nach größter Möglichkeit entgegenkommt.

Die Frage der Aufrechterhaltung der tariflichen
Lohnbedingungen halten wir für überflüssig hierauf
einzugehen, da wir es als selbstverständlich
erachten, daß geschlossene Verträge
unter allen Umständen hochzuhalten
sind, erst recht während Kriegzeiten. —
Wir werden in unserer nächsten Nummer nochmals aus-
führlicher auf die ganze Angelegenheit zurückkommen,
und seien Sie versichert, daß unsererseits nichts unberührt
gelassen wird, was einigermaßen geeignet ist, unser Ge-
werbe vor den schlimmsten Erschütterungen zu schützen.

Es zeichnet in aller Hochachtung
Jos. Leipziger, Schriftführer.

In der letzten Nummer des Organs des Bundes
deutscher Dekorationsmaler ist die in Aussicht genommene
Stellungnahme durch folgende Bekanntmachung vom
15. September erfolgt:

Wie die Bundesleitung — und teilweise mit Er-
folg — bei allen deutschen Baubehörden, Baugesellschaften
usw. vorstellig wurde, um vermehrte Arbeitsgelegenheit
zu schaffen, so ist dieselbe fortwährend bemüht, in diesem
Sinne weiter zu wirken. Um aber auch der bevor-
stehenden Arbeitslosigkeit im Malergewerbe entgegen-
zuwirken und die Lage der Gehilfenschaft einigermaßen
günstiger zu gestalten, ist es notwendig, daß alle Ueber-
stunden sowie Sonntagsarbeiten vermieden werden.

Die vielfach von verschiedenen Seiten angeführte
Frage der Lohnverkürzung beantworten wir dahin, daß
eine solche gar nicht diskutabel ist, da mit gewohnt sind,
abgeschlossene Verträge — und ein solcher ist der Bundes-
tarif — zu respektieren und zu halten.

Wir werden auch bei unserm nächsten Rundschreiben
an die Behörden usw. darauf hinweisen, daß bei Ver-
gebung von Arbeiten nur tariftreue Firmen bevorzugt
werden.

Es ist beabsichtigt, in nächster Zeit gemeinsame
Sitzungen zu veranstalten, und zwar mit Mitgliedern
des Bundes deutscher Dekorationsmaler, mit Mitgliedern
des Hauptvorstandes deutscher Arbeitgeberverbände im
Malergewerbe und mit Mitgliedern der drei bestehenden
Gehilfenorganisationen. Es sollen hierbei Aussprachen
stattfinden, in welcher Weise die Lage im Malergewerbe
gebessert werden kann.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, in allen jenen
Fällen, wo an diese eine solche Einladung ergeht, dieser
auch Folge zu leisten und die Sitzungen zu besuchen.

Ferner empfehlen wir unsern Mitgliedern an allen
jenen Orten, wo eine große Arbeitslosigkeit Platz ge-
griffen hat, die Arbeitszeit herabzusetzen, um es zu er-
möglichen, daß mehr Gehilfen beschäftigt werden können.

Der Hauptvorstand,
J. A. J. Leipziger, Schriftführer.

Danach sind die für die jetzige außerordentliche
Situation notwendigen Maßnahmen bei den Haupt-
vorständen der beiden beteiligten zentralen Arbeitgeber-
organisationen auf Verständnis gestoßen; ebenso auch bei
der Leitung der westdeutschen Arbeitgeber, die zurzeit nicht
in einem Tarifvertragsverhältnis mit uns stehen. (Vergl.
Nr. 38 des „Vereins-Anzeiger“.)

Leider ist die gleiche großzügige Auffassung nicht auch
in allen Bezirks- und örtlichen Organisationen der er-
wähnten Arbeitgeberorganisationen anzutreffen. So ist
bisher in Rheinland und Westfalen praktisch noch
nichts im Sinne der getroffenen Abmachungen geschehen.

Im Arbeitgeberverband weigern sich die „Süddeutsche
Maler-Zeitung“ (München) und die „Allgemeine Maler-
Zeitung“ (Hamburg), den vom Hauptvorstand ihres Ver-
bandes herausgegebenen offiziellen Aufruf abzurufen, der
die zwischen den Verbandszentralen getroffenen Abmachun-
gen enthält und begründet; nur die „Berliner Maler-
Zeitung“ und „Der Maler“ leisteten der vereinbarten
Anordnung Folge. Natürlich leiden unter diesem von
einigen Gauborständen geübten Widerstand, der allerdings
auch bei andern Gelegenheiten zu beobachten ist, die ge-
troffenen Vereinbarungen, und so ist denn tatsächlich in
den Gauen Süddeutschland und Hamburg von den Gau-
vorständen so gut wie nichts geschehen, um den Anordnun-
gen ihres Hauptvorstandes ernstlich Rechnung zu tragen.
Kein Wunder, daß viele Ortsgruppen- und Landesverbands-

vorstehende dieser Gauen nicht eingreifen — auch wo es leicht
möglich wäre —, um die Sache zu fördern.

In Nr. 38 des „Vereins-Anzeiger“ gaben wir bekannt,
daß insbesondere der Landesverband Hamburg im
Gegensatz zu Berlin, Bremen, Leipzig, Frankfurt usw. Ver-
handlungen über eine Arbeitszeitverkürzung und ein un-
zweibeutiges Verbot der Ueber- und Sonntagsarbeit unter
nichtigen Umständen ablehnt und so dazu beiträgt, das sehr
so leicht zu erreichende Zusammenarbeiten der beiderseitigen
Organisationen, nachdem es seit dem Frühjahr vorigen
Jahres nahezu völlig unterbrochen worden war, auch weiter
zu bereichern.

In ihrer letzten Nummer kommt nun die „Allgemeine
Maler-Zeitung“ auf die Angelegenheit zurück. Es geschieht
das durch eine Bekanntmachung, durch die der unangenehme
Eindruck des von uns kritisierten ablehnenden Verhaltens
aus der Welt geschafft werden soll. Wir registrieren diese
immerhin bemerkenswerte Tatsache und lassen die Bekannt-
machung des Landesauschusses Hamburg wörtlich folgen.

Die Hauptverbände unseres Gewerbes von Meister-
und Gehilfenseite haben durch gemeinsamen Beschluß der
Vorstände uns dringende ersucht, der gewaltigen Arbeits-
losigkeit im Malergewerbe so wirksam als möglich zu
begegnet durch Beschränkung in der Arbeitszeit, und
zwar zunächst durch sofortige Einführung der abge-
kürzten Winter-Arbeitszeit auf 6 bis 7 Stunden täglich.

In einigen hamburgischen Malergeschäften sind be-
reits aus eigenem Entschluß solche Maßnahmen ge-
troffen. In andern Werkstätten wird in Schichtweise
gearbeitet, das heißt drei beziehungsweise sechs Tage
arbeitet ein Teil der Gehilfen, der dann regelmäßig durch
die feiernde andere Hälfte für die folgenden drei be-
ziehungsweise sechs Tage wieder abgelöst wird.

Verbandsmitglieder! Wir haben harte Kämpfe auf
wirtschaftlichem und politischem Gebiete mit den Ar-
beitgeberorganisationen zu bestehen gehabt. Der gewaltige
Kampf des Vaterlandes gegen seine Klassenfeinde hat
uns bereitet mit unsern deutschen Arbeitern. Würdevoll
ausgesöhnt stehen Meister und Gehilfen, ihr Leben
opfernd als Kameraden, im Feuer. Wir daheim müssen
Haus und Herd versorgen. Mehr wert als alle Almosen
ist die Arbeitsgelegenheit. Einschränkungen des Gewinnes
und der Lebenshaltung müssen wir alle in der schweren
Zeit uns auferlegen. Die Gewerkschaften haben ihre
Kassen, sonst nur zu wirtschaftlichen Kämpfen dienend,
den Arbeitslosen, den Frauen und Kindern zur Unter-
stützung geöffnet.

Wir erfüllen eine vaterländische Aufgabe, wenn wir
unsern Gehilfen die Not lindern helfen, so daß möglichst
viele Arbeitslose wenigstens etwas verdienen.

Zu einer einheitlichen Vorschrift sind
die Betriebsverhältnisse im Groß-Ham-
burgischen Malergewerbe augenblicklich
nicht geeignet, und wir haben daher davon
abgesehen. Wir geben uns aber der be-
stimmten Erwartung hin, daß jeder Mei-
ster, der Arbeit hat, aus freier Ent-
scheidung sein Allerbestes tun wird, um
dem gemeinsamen Beschlusse unserer
Hauptverbände Rechnung zu tragen, sei
es durch sofortige Einführung der abge-
kürzten Winterarbeitszeit von 6 bis
7 Stunden, sei es durch Einführung von
Wechselschichten und soweit als irgend
möglich durch Ausschließung jeder Ueber-
stunden- und Sonntagsarbeit.

Wir bitten zugleich unsere Mitglieder, uns um-
gehend schriftlich oder durch Fernsprecher, Gr. 5, 2737,
mitzuteilen, welche Anordnung sie in ihrem Geschäft
getroffen haben.

Natürlich können die hier mitgeteilten Ratschläge an
die einzelnen Meister ein konsequentes und einheitliches
Vorgehen nicht ersetzen — und das wäre bei gutem Willen
auch in Hamburg möglich gewesen. Vielleicht trägt aber
der Verlauf der geschilderten Ereignisse dazu bei, daß im
Landesverband Hamburg bei späteren Anlässen weniger
einseitig und kleinlich vorgegangen wird.

Die Durchführung der zwischen den Hauptvorständen
getroffenen Maßnahmen wurde uns bisher von folgenden
Orten gemeldet: Berlin, Danzig, Eberswalde,
Frankfurt a. d. O., Girzigberg, Liegnitz,
Meiße, Spremberg, Cassel, Darmstadt,
Frankfurt a. M., Hanau, Höchst, Offenbach,

Rollegeren! Vergeßt nicht, in dieser ernststen Zeit den Verband hochzubalten! Werbt neue Mitglieder, schließt fester denn je die Reihen!

Mainz, Wiesbaden, Worms, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Emden, Flensburg, Sameln, Garburg, Hildesheim, Lübeck, Schleswig, Chemnitz, Dresden, Götha, Leipzig, Plauen, Weimar, Dortmund, Mannheim, Stuttgart.

In einigen Städten hat man nach beiderseitigen Uebereinkommen von einer Arbeitszeitverkürzung abgesehen, weil keine Arbeitslosigkeit besteht, in andern Orten verständten sich die Arbeitgeber nur darauf, daß es dem einzelnen Arbeitgeber überlassen bleiben soll, ob er eine Einschränkung der Arbeitszeit vornimmt. So schrieb zum Beispiel die Ortsgruppe Nürnberg des Arbeitgeberverbandes, dessen Leitung immer noch über den guten Stand der infolge des vorjährigen Kampfes entstandenen Genossenschaft sehr verärgert ist, man sei „schon durch die städtischen Bestimmungen angehalten, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen.“ (1) Weiter sei man auch „bestrebt, bei Privatarbeiten sowie auf Bauten, wo sich eine Verkürzung durchführen läßt, dies zu tun“.

Zum allgemeinen hat die von den Verbandsvorständen unternommene Aktion Anlaß zu anregenden und für die Zukunft nutzbringenden Verhandlungen und Maßnahmen gegeben, und überall, wo man höhere soziale Gesichtspunkte gelten ließ, auch praktisch wertvolle Wirkungen ausgelöst.

Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1913.

I.
Das Jahr 1913 brachte den Gewerkschaften Deutschlands eine starke Belastungsprobe. Schon Ende des Jahres 1912 zeigte bei verschiedenen wichtigen Industriezweigen eine bedenkliche Geschäftslage ein. Optimisten sahen in diesen bedrohlichen Zeiten jedoch nur eine vorübergehende Beunruhigung des gewerblichen Lebens, die durch den Ausbruch des Balkankrieges mit seiner kriegsdrohenden Spannung in den europäischen Staaten als Folgeerscheinung hervorgerufen sei. Die nach der Entspannung der unheilfindenden politischen Atmosphäre erwartete Regeneration der industriellen Tätigkeit blieb jedoch aus. Es trat im Gegenteil eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage ein, die sich schließlich im Laufe des Jahres 1913 zu einer allgemeinen latenten Wirtschaftskrise auswuchs.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaften im verflochtenen Jahre zu rechnen hatten, wurden noch verschärft durch die starke Arbeitslosigkeit, die noch aus den Kriegsjahren 1908 und 1909 fortlebte und während der Dauer der jüngsten Prosperitätsperiode nur wenig gemildert wurde. Der Arbeitsmarkt litt deshalb in den Jahren der günstigeren Konjunktur fortgesetzt unter einem starken Ueberangebot von Arbeitskräften. Angesichts dieser Tatsache konnte von einer genügenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitererschaft während der verflochtenen kurzen Dauer der Produktionssteigerung nicht die Rede sein. Um so fühlbarer mußten deshalb die Arbeitererschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen von dem abermaligen Niedergang der Konjunktur betroffen werden.

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, wenn man selbst in Gewerkschaftsreisen von banger Besorgnis um die Fortentwicklung der Gewerkschaften erfüllt war und den Ergebnissen der Statistik für 1913 mit einer gewissen Span-

nung entgegen sah. Glücklicherweise haben sich die Verhältnisse auf eine stärkeren Rückgang der Mitgliederzahl nicht erfüllt.

Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands waren im Jahre 1913 47 Zentralverbände angeschlossen. Diese hatten 1913 im Jahresdurchschnitt zusammen 2548768 Mitglieder; darunter waren 223676 weibliche. Im Jahre 1912 betrug die Mitgliederzahl 2580800; es ist demnach im Jahresdurchschnitt eine Vermehrung von 18373 Mitgliedern = 0,73 pSt. eingetreten. Diese Erhöhung des Mitgliederbestandes ist nicht so erheblich, um sie als einen Fortschritt in der Mitgliederentwicklung bewerten zu können. Doch wurde ein solcher bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage auch nicht erwartet und bietet deshalb dieses Ergebnis keine Enttäuschung. Gegenüber dem Mitgliederbestande am Schlusse des Jahres 1912 ist allerdings eine Verminderung der Mitgliederzahl um 60822 = 2,39 pSt. erfolgt. Ein Vergleich der Zahlen am Jahreschlusse ergibt jedoch kein zutreffendes Bild der Mitgliederentwicklung von Jahr zu Jahr, da die Ergebnisse einzelner Quartale auf Zufälligkeiten beruhenden Schwankungen unterworfen sein können.

Ohne Zweifel ist ein erheblicher Teil des Mitgliederverlustes im vierten Quartal auf die gegen 1912 stark erhöhte Einziehung von Mannschaften zum Militär zurückzuführen. Diese Annahme wird auch durch die Tatsache begründet, daß die weiblichen Mitglieder nur mit 808 gleich 0,36 pSt. an dem Mitgliederabgang im vierten Quartal beteiligt sind. Der hauptsächlichste Verlust entfällt daher auf die männlichen Mitglieder.

Wie sich die Mitgliederbewegung bei den Zentralverbänden seit 1891, dem Beginn der Gewerkschaftsstatistik, gestaltet hat, wird durch folgende Aufstellung veranschaulicht. Es betragen im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahlen und Zunahmen:

Jahr	Zahl der Verbände	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber absolut	Zunahme vom Vorjahr in Proz.
1891.....	62	277 659	—	—
1892.....	56	237 049	—	—
1893.....	51	223 580	—	—
1894.....	54	246 484	22 964	10,27
1895.....	53	259 175	12 681	5,14
1896.....	51	329 280	70 065	27,08
1897.....	58	412 359	88 129	26,25
1898.....	57	493 742	81 383	19,74
1899.....	55	580 478	86 731	17,57
1900.....	58	680 427	99 954	17,22
1901.....	57	677 510	—	—
1902.....	60	738 206	55 696	8,22
1903.....	63	827 698	154 492	21,07
1904.....	64	1 052 108	160 410	18,52
1905.....	68	1 344 803	292 695	27,82
1906.....	61	1 689 709	344 908	25,85
1907.....	60	1 865 608	175 797	10,40
1908.....	57	1 831 781	—	—
1909.....	53	1 832 667	986	0,05
1910.....	51	2 017 298	184 631	10,07
1911.....	48	2 320 986	303 688	15,05
1912.....	47	2 530 390	209 404	9,02
1913.....	47	2 548 768	18 378	0,73

In dieser Aufstellung nicht einbegriffen sind die Verbände der Landarbeiter und Hausangestellten, die 1913 zusammen 24 955 Mitglieder zählten (1912: 22 772). Diese Uebersicht über eine Entwicklungsreihe von 23 Jahren zeigt uns den seit 1894 eingetretenen, nur durch Krisenjahre kurz unterbrochenen glänzenden Aufstieg der Zentralverbände. Ganz merklich unterscheidet sich das Ergebnis der Mitgliederbewegung des verflochtenen Jahres von dem des Krisenjahres 1908, welches einen Verlust von 33 775 Mitgliedern aufweist, während 1913 noch ein kleiner Gewinn zu verzeichnen ist.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich im Jahresdurchschnitt beträchtlich höher gesteigert als die der männlichen. Es ist dies auf die schon erwähnte Tatsache zurückzuführen, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder am Jahreschlusse 1913 gegenüber dem Jahre 1912 nur einer geringen Rückgang aufweist. Es hatten die Zentralverbände 1913 223 676 weibliche Mitglieder, 1912 betrug ihre Zahl 216 492; es ist demnach ein Zuwachs von 7214 weiblichen Mitgliedern = 3,38 pSt. erfolgt, während die Zuwachsquote bei den männlichen Mitgliedern nur 0,48 pSt. ausmacht. Der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl hat sich entsprechend der stärkeren Zunahme von 3,6 pSt. auf 8,8 pSt. erhöht.

Der Verband der Blumenarbeiter trat mit Schluß des Berichtsjahres zum Fabrikarbeiterverband über, so daß die Zahl der gegenwärtig der Generalkommission angefflochtenen Zentralverbände (außer den Hausangestellten und Landarbeitern) 46 beträgt.

Der Arbeitsmarkt.

Eine Uebersicht über die Lage des Arbeitsmarktes nach dem Stand vom 16. September gibt der „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 21. September, der wie folgendes entnehmen:

Die Zahl der überschüssigen Arbeitsgesuche betrug am 22. August bei 868 Arbeitsnachweifen 150 822 Arbeitsgesuche, auf 1 Arbeitsnachweis 409, am 26. August bei 862 Arbeitsnachweifen 146 164 Arbeitsgesuche, auf 1 Arbeitsnachweis 404, am 29. August auf 856 Arbeitsnachweise 150 886 Arbeitsgesuche, auf 1 Arbeitsnachweis 458, am 2. September bei 828 Arbeitsnachweifen 128 981 Arbeitsgesuche, auf 1 Arbeitsnachweis 308, am 5. September auf 846 Arbeitsnachweise 148 778 Arbeitsgesuche, auf 1 Arbeitsnachweis 480, am 9. September bei 297 Arbeitsnachweifen 115 017 Arbeitsgesuche, bei 1 Arbeitsnachweis 387, am 12. September bei 291 Arbeitsnachweifen 180 552 Arbeitsgesuche, auf 1 Arbeitsnachweis 446, am 16. September bei 810 Arbeitsnachweifen 118 755 Arbeitsgesuche, auf 1 Arbeitsnachweis 377. Aus der Mehrung bei der Zahl über Arbeitsgesuche berichtender Arbeitsnachweise kann nicht ohne weiteres auf eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes geschlossen werden, da die Beteiligung an der Berichterstattung nicht allein davon abhängt, ob der einzelne Arbeitsnachweis Ueberschüsse mit Arbeitsgesuchen oder offenen Stellen zu melden hat, Troß der Mehrung bei der Zahl der berichtenden Stellen haben die Arbeitsgesuche von 180 552 am 12. September auf 116 755 am 16. September abgenommen. Dies kann jedoch nicht ohne weiteres als Beweis einer Besserung der Arbeitsmarktlage angesehen werden, da die berichtenden Arbeitsnachweise einen überaus verschiedenen Umfang der Vermittlungstätigkeit aufweisen, so daß das zufällige Fehlen oder Eintreten einiger sehr großer oder sehr kleiner Arbeitsnachweise auf die Zahl der Arbeitsgesuche einen recht erheblichen Einfluß ausübt. Auf die Landwirtschaft entfallen 1152 Arbeitsgesuche gegen 1843 am 12. und 4487 am 9. September. Die Zahl der überschüssigen gelerntten und ungelernnten Arbeitskräfte in der Industrie usw. hat von 78 807 am 12. September auf 87 998 abgenommen. Auch in der Zahl der ungelernnten Arbeitsuchenden ist ein kleiner Rückgang (von 50 602 auf 47 605) zu verzeichnen. Die meisten Arbeitsgesuche entfallen auf Berlin, Hamburg, Rheinland und das Königreich Sachsen.

Die Zahl der überschüssigen offenen Stellen betrug am 22. August bei 131 Arbeitsnachweifen 4800 offene Stellen, auf 1 Arbeitsnachweis 37, am 26. August bei 135 Arbeitsnachweifen 5789 offene Stellen, auf 1 Arbeitsnachweis 43, am 29. August bei 129 Arbeitsnachweifen 4416 offene Stellen, auf 1 Arbeitsnachweis 34, am 2. Sep-

Die wirtschaftliche Notlage in Belgien.

Der deutsche Gouverneur in Belgien, Generalfeldmarschall v. d. Goltz, hat einen Erlaß an die belgische Bevölkerung gerichtet, in dem er sie zur Ruhe und Ordnung auffordert und in dem auch der Satz vorkommt: „Soviel wie möglich muß der Handel wieder hergestellt, müssen die Fabriken wieder arbeiten und muß die Ernte bereinigt werden.“ Daß diese Mahnung in der Tat dringend notwendig ist, zeigt die folgende Schilderung eines Mitarbeiters vom „Vorwärts“, der Belgien in diesen Tagen herein hatte:

Die Industrie dieses industriereichsten Landes ist bis auf die Waffen-, Munitions- und dergleichen Fabrikation sowie den Kohlenbergbau völlig aufgehoben und die belgische Arbeitererschaft ist in der verzweifeltsten Lage.

Wie die erste Fabrikstadt, auf die man in Belgien von Lachen kommend trifft, Berviers, steht unter dem Zeichen des industriellen Todes. Wer erkennen will, was dies bedeutet, muß es mit eigenen Augen gesehen haben. In Berviers herrscht die Textilindustrie von Tüchereien, Webereien, Appreturen usw. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind kreislos. Der Schrecken der Arbeitslosigkeit ist um so größer, als sich dazu eine ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise, hervorgerufen durch Mangel an Lebensmitteln, gesellt.

Die belgische Regierung kann zur Steuerner der Notlage nichts tun. Die deutsche Regierung hat andere Sorgen. Nur die Gemeinde Berviers hat ein einziges Mittel: Frauen und Männer zum Tode an den Tag zu rufen, sobald ihnen das Verlassen der Häuser geheret ist, nach dem Gemeindevater eilen, um eine Prozedur zu erhalten. Nur zu viele müssen unverrichteter

Sache wieder umkehren. Die Verzweiflung der Berviersschen Arbeiter ist riesengroß.

Berviers ist immerhin eine Stadt von etwa 55 000 Einwohnern. Allein 500 000 Stück Luche werden in den Fabriken in Berviers und den anliegenden Gemeinden Bizon und Godimont angefertigt.

Eine ebenso große Arbeitslosigkeit herrscht in Rüttich und in seiner Umgebung. Wohl ist die Waffenfabrikation in Herstal und in den Goderill-Werken von Seraing im Gange. Die andern Waffenfabriken aber und auch die Hausindustrie in Waffenteilen liegt vollkommen brach. Unterbunden ist jede Arbeit in den andern Industriezweigen und vor allem in der Textilbranche. Auch in Rüttich herrscht eine enorme Leuerung und großer Mangel an Lebensmitteln. Eine dumpe Verzweiflung liegt über der Arbeitererschaft, die nicht fliehen kann wie die besitzende Klasse.

Hinter Berviers beginnen die eigentlichen Schrecken dieses Krieges. Ganze Ortlichkeiten, ganze Fabrikanlagen sind vernichtet, Hunderte von Arbeiterhäusern zerstört der Zerstörung; der armselige Hausrat wurde ein Haub der Flammen. Während in Berviers alle Fabrikanlagen unterwehrt stehen und der Betrieb jederzeit wieder aufgenommen werden kann, sind in einer Reihe von Ortlichkeiten auf dem Wege nach Rüttich und um Rüttich vielfach die industriellen Werke durch die Kämpfe zerstört.

Rüttich selbst hat weniger gelitten. Die Zerstörungen betreffen hauptsächlich die Zinseniertel der Stadt an der Universität, am Place verte. Freilich auch in den Vororten und Arbeitervierteln finden sich Spuren des Krieges. Auch einige Fabrikanlagen sind davon betroffen. Aber in einer solchen Fabrikstadt wie Rüttich ließe sich das leichter verschmerzen. Der industrielle Tod in Rüttich mit seiner ungeheuren Not für die Arbeiter wird vielleicht nur so lange anhalten, als der Krieg währt. Aber wie lange wird dieser

Krieg dauern? Das ist die bange Frage, die auf Tausenden Lippen sich drängt.

Durch das Tal der Maas bis nach Namur, auf der Straße über Ans, Waremme nach Tirlemont, Löwen und Brüssel ist der Krieg dahingezogen und hat alles wirtschaftliche Leben niedergewalzt.

Gewiß, man sieht einzelne Bauern bereits wieder auf dem Acker oder im Garten arbeiten. Aber das landwirtschaftliche Leben erhebt sich im Kriege sehr rasch wieder. Die landwirtschaftlichen Produkte dienen der Selbsterhaltung und finden im Kriege guten Absatz. Eine niedergelassene Industrie bedarf erst des Friedens, bevor sie sich erholt. Deshalb steht es für den Industriearbeiter in Belgien sehr schlimm. Denn auch in Brüssel, Antwerpen, im Industriegebiet von Mons und Charleroi ist die Industrie tot.

Der belgische Arbeiter ist in seiner Notlage aller Unterstützung und jeder Hilfe beraubt. Seine gewerkschaftlichen Organisationen sind in beängstigter Lage als in irgend einem andern Lande; seine Konjumbereine leiden unter der Leuerung und dem Mangel der Lebensmittel, die der Krieg für sich requiriert. So liegt das Brüden der Verzweiflung über Arbeitermassen. Die jetzige deutsche Verwaltung in Belgien muß es als ihre erste Aufgabe ansehen, dem industriellen Leben dieses Landes aufzuhelfen. Das wäre in diesem Kriege eine Kulturthat, eine Tat auch zugleich der Sicherung unserer Söhne, die in Belgien stehen.

Die Aufgabe ließe sich vielleicht leichter erfüllen, wenn von der deutschen Verwaltung sofort eine Kommission von Belgiern, die sich aus allen Parteien und allen Klassen rekrutiert — Industriellen, Vertretern des Handels, der Arbeiter usw. — berufen würde. Eine solche Kommission, die die Verhältnisse des Landes durchaus kennt und von der man annehmen dürfte, daß ihr auch an der Wiederbelebung der Industrie liegt, könnte der deutschen Verwaltung bei der Erfüllung ihrer großen Aufgabe wertvolle Dienste leisten.

tender bei 128 Arbeitsnachweisen 4858, auf 1 Arbeitsnachweis 38, am 5. September bei 184 Arbeitsnachweisen 4641 offene Stellen, auf 1 Arbeitsnachweis 25, am 9. September bei 121 Arbeitsnachweisen 5169 offene Stellen, auf 1 Arbeitsnachweis 43, am 12. September bei 118 Arbeitsnachweisen 5837 offene Stellen, auf 1 Arbeitsnachweis 49, am 16. September bei 128 Arbeitsnachweisen 4488 offene Stellen, auf 1 Arbeitsnachweis 35. Es entfallen von den offenen Stellen 1138 (gegen 1282 beziehungsweise 1170 an den vorangegangenen Stichtagen) auf die Landwirtschaft, 2228 (8792 beziehungsweise 8427) auf die Industrie und 574 (668 beziehungsweise 572) auf Angelernte.

Betrachtet man die Berufe der Arbeitssuchenden, so ergibt sich ein starkes Angebot von Arbeitskräften im Handwerksberufe in vielen Teilen des Reichs. Im Baugewerbe ist das Ueberangebot von Malern, Anstreichern und Tapezierern erheblich geblieben. Aus der Textilindustrie werden aus dem Rheinland und Westfalen, ferner aus dem Königreich Sachsen größere Zahlen Arbeitssuchender gemeldet. In der Holzindustrie ist das Angebot von Tischlern, in der Genußmittelindustrie das der Tabak- und Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen weiter stark geblieben. Die Kellerer, Friseur und Transportarbeiter waren, wie in den Vorwochen, in größerer Anzahl nicht unterzubringen. Ein stärkerer Ueberschuß an Dienstmädchen wird aus Hamburg, Biegnitz, Charlottenburg, Erfurt, Magdeburg, Wauken, Leipzig und Blauen gemeldet. Gesucht wurden in größerer Anzahl Schlosser nach Breslau und Königshütte, Schmiede nach Danzig, Stettin und Breslau, Kesselschmiede nach Breslau, Königshütte und Stettin, Feuerschmiede nach Königshütte und Münster, Rietter und Kupferschmiede nach Kiel, Schiffbauer nach Kiel, Stettin und Breslau, Stellmacher nach Königshütte, Maurer nach Gelsenkirchen und Wolfenbüttel, Zimmerleute nach Cöthen, Magdeburg, Dortmund und Rheine, Sattler nach Dresden, Hannover, Rosen, Magdeburg, Queblinburg, Dortmund, Nürnberg, Konstanz und Straßburg, Metzger nach Ulm, Gruben- und Süttenarbeiter nach Königshütte, Cöthen und Elsterwerda, Waggerarbeiter nach Elsterwerda und Kohlenarbeiter nach der Lausitz.

Aus unserm Beruf.

Arbeitsgelegenheit für das Malergewerbe während des Krieges. Wie wir bereits berichten konnten, haben sich erfreulicherweise auch die Arbeitgeberverbände des Malergewerbes in Rheinland und Westfalen gemeinsam mit den Vertretern der Gehilfenorganisationen in einer Eingabe an die staatlichen und städtischen Behörden und Bauämter gemandt mit der Bitte, jetzt während des Krieges nach Möglichkeit Renovierungsarbeiten, die für das Malergewerbe in Betracht kommen, vorzunehmen und die angefangenen Arbeiten weiterzuführen. Um möglichst vielen Gehilfen Gelegenheit zur Arbeit zu geben, ist den Mitgliedern der Verbände empfohlen worden, während der Dauer des Krieges möglichst nicht länger als acht Stunden täglich arbeiten zu lassen. Nacharbeit und Sonntagsarbeit soll unterbleiben. Als selbstverständliche Voraussetzung werde erwartet, daß die Arbeiten nur an solche Meister (Arbeitgeberverbände und Innungen) vergeben werden, die die bisher üblichen Stundenlöhne zahlen, da ein Niederdrücken der Löhne in der jetzigen schweren Zeit dem vaterländischen Empfinden widerspreche. — Leider können wir im Anschluß an diese Notiz gleich mitteilen, daß selbst der Obmann des früheren Tarifamtes in Duisburg, Herr Malermeister Joh. Schönwald, die sonst üblichen Stundenlöhne nicht mehr bezahlt, obgleich er in Hohenbueberg staatliche Arbeiten ausführt. Bei ihm wurde gleich nach Ausbruch des Krieges der Wochenlohn von M 33 auf M 23 bis M 26 reduziert. Von diesem Geld müssen die auswärts arbeitenden Gehilfen dann noch Fahrgele und Spesen bestreiten. Sollten die staatlichen und städtischen Behörden die obige Eingabe berücksichtigen, dann wird es wohl Zeit sein, daß der Eisenbahnfiskus, der die Arbeiten an Herrn Schönwald vergeben hat, sein Augenmerk einmal den dortigen Lohnverhältnissen zuwendet. Wie gesagt, im Interesse eines vaterländischen Empfindens liegt es sicher nicht, seinen Arbeitern den Lohn zu kürzen, während man staatliche Aufträge ausführt, wofür doch gewiß die früher üblichen Sätze an den Arbeitgeber bezahlt werden. Ein strenges Eingreifen der Behörden gegen alle Kriegsprofitmacher ist vonnöten und alle Anerkennung verdient auf diesem Gebiete das Vorgehen der Heeresverwaltung, die, wie bekannt geworden ist, bei größeren Firmen die erteilten Aufträge zurückgezogen hat, weil sie trotz der gewiß nicht geringfügigen Bestellungen die Gehälter und Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter kürzten.

Baugewerbliches.

Die Absturzgefahren bei Dacharbeiten. Um einen wirksamen Schutz für die bei Dacharbeiten beschäftigten Personen herbeizuführen, hat der Vorstand des Dachdeckerverbandes Deutschlands dem königlichen Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Berlin eine Petition unterbreitet, die in vorzüglicher Bearbeitung geeignete Vorschläge zur Reform dieses Schutzes enthält. Die Petitionen verkennen nicht die Schwierigkeiten, die einer dahingehenden Reform entgegenstehen. Aber unter Hinweis auf die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung § 120e und des § 904 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind sie der Ansicht, daß es der Staatsgewalt gelingen muß, solche Maßnahmen zu ermöglichen, wodurch im Zusammenhang mit dem „Runderlaß, betreffend Ueberwachung der Bauten usw.“ vom 22. März 1910 eine sichere Wirkung erwartet werden kann. Unter den derzeitigen kriegerischen Verhältnissen ist zwar nicht auf eine Erfüllung der so dringend notwendigen und berechtigten Wünsche der Dachdecker

zu rechnen, doch ist zu erwarten, daß das Ministerium später die eingereichten Reformvorschläge wohlwollend prüft und ihnen für das Königreich Preußen Gesetzeskraft verleiht.

Gewerkschaftliches.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Am 15. September sind die Vertreter der Verbandsvorstände neuerlich in Berlin zu einer Konferenz zusammengetreten, um über die notwendigen Maßnahmen zur gegenwärtigen Situation zu beraten. Nach eingehendem Bericht der Generalkommission über die von ihr zur Bänderung der Arbeitslosennot getanen Schritte, in dem besonders auf das Vorgehen der Stadtgemeinde Berlin und der Berliner Landesversicherungsanstalt zur Unterstützung der Arbeitslosen hingewiesen wurde, wurde der Konferenz eine statistische Uebersicht über den Umfang der Einberufungen und der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften und über die infolge des Krieges eingetretenen Änderungen der Unterstützungsmengen unterbreitet. Daraus geht hervor, daß die Arbeitslosenunterstützung die weitaus meisten Mittel der Organisationen in Anspruch nimmt und auch mithin diesem Unterstützungszweig die größte Fürsorge zugewen-

Der ferne Klang.

Wir waren beisammen
und teilten unser Brot,
wir lachten miteinander
und wußten nichts vom Tod.
Wir trugen alle Noth
treulich in einem Schritt —
nun blies wohl die Trompete
und er, er mußte mit.

Laßt, Kinder, laßt das Fragen.
Ich weiß nicht, wo er ist.
Es kirt in diesen Tagen
ein weltweiter Zwist.
Es glüht in allen Augen
von Zorn und Schmerz ein Brand,
und blut'ge Tränen saugen
sich heiß in alles Land.

Und ich muß immer laufen
auf seinen alten Schritten,
und hör' doch nur ein Rauschen:
Nuch er, auch er muß' mit.
Hör' nur den sturmverwehten
Klang, der wie Hilfruf gellt —
als bliesen die Trompeten
in aller, aller Welt.

v. n.

det werden muß. Dagegen werde heute namentlich seitens der größeren Gemeinden für die Familien der Kriegsteilnehmer in weitgehendem Maße gesorgt, so daß hierin eine Entlastung der Gewerkschaften möglich sei. Die Konferenz gelangte nach gründlicher Würdigung aller Umstände zur Annahme der folgenden Leitsätze:

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erklärt, daß, ehe die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer durch das Reich und die Gemeinde ausgezahlt worden ist, eine vorläufige Hilfeleistung der Gewerkschaften in einzelnen Fällen angebracht war.

Nachdem vom Reich und zahlreichen Gemeinden die Unterstützung durchgeführt ist und sich ergeben hat, daß die Familien der Kriegsteilnehmer bei dieser Unterstützung zum Teil besser oder mindestens so gut gestellt sind als die Arbeitslosen und ihre Familien, hält die Konferenz es für bringend geboten, die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer dem Reich und den Gemeinden zu überlassen und die Mittel der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen zu verwenden. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer soll nur in besonderen Notfällen oder aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gewährt werden.

Die Konferenz erwartet, daß alle Verbände dieser Aufforderung Folge leisten, damit die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation gewahrt wird.

An die Gemeinden, welche ihrer sozialen Pflicht, Zuschüsse zu der vom Reich den Familien der Kriegsteilnehmer gewährten Unterstützung zu leisten, noch nicht nachgekommen sind, richtet die Konferenz das dringende Ersuchen, diese Pflicht unverzüglich zu erfüllen.

Im weiteren Verlauf verständigte sich die Konferenz über die Maßnahmen zur Hilfeleistung für einzelne durch den Krieg besonders schwer in Mitleidenschaft gezogene Organisationen.

Gewerkschaftsaufgaben und der Krieg. Hierzu schreibt treffend die „Hilfe“: Die Gewerkschaften sehen sich im Kriege zwei schweren Aufgaben gegenüber: der Selbsterhaltung und der Unterstützung der Mitglieder. Nichts beweist schlagender, daß die Gewerkschaften weit davon entfernt sind, ihre einzige Aufgabe im Lohnkampf zu suchen, als daß sie jetzt in ihrer großen Wehrzahl sich mit allen flüssig zu machenden Geldmitteln der Heilung der Kriegsmunden auf dem Arbeitsmarkte zur Verfügung stellen. Doch muß auf der andern Seite den mit unendlicher Mühe aufgebauten Organisationen auch das Recht aufgestanden werden, an die eigene Zukunft zu denken und um ihrerwillen die Hergabe des letzten Pfennigs zu vermeiden, vor allem aber auch unablässig die zurückgebliebenen Kollegen, soweit sie Arbeit haben, zum Zahlen der Beiträge selbst dann anzuhalten, wenn es im Augenblick schwer wird, sie noch aufzubringen.

Trotz der beträchtlichen Höhe der Gewerkschaftsvermögen ist es vollkommen unmöglich, die Unterstützungen im selben Umfange wie im Frieden aufrechtzuerhalten. Einige Massenzweige müssen völlig brachgelegt werden, so vor allem die Streit- und Gemahregelunterstützung; es wäre Torheit, jetzt Lohnkämpfe ausbrechen zu wollen, und es wäre auf Arbeitgeberseite nicht zu verantworten, jetzt Maßregelungen vorzunehmen oder aufrechtzuerhalten. Eingestellt können zumeist auch die Kranken-, Wöchnerinnen- und ähnliche Unterstützungen werden; hier müssen sich die Betroffenen in der Regel mit den reichsgesetzlichen Unterstützungsansprüchen begnügen, obgleich auch diese herabgesetzt worden sind. Der Schwerpunkt der ganzen gewerkschaftlichen Arbeit liegt jetzt in der Unterstützung der Arbeitslosen. Freilich kann oft auch diese nicht in Friedenszeiten gewährt werden, weil sonst die zur Verfügung stehenden Mittel allzu rasch verbraucht würden, womit in der Voraussicht eines langen Krieges weder den Gewerkschaften, noch ihren Mitgliedern, noch dem Gemeinwohl gedient wäre. Mit Nachdruck und Eifer haben sich aus allen diesen Erwägungen heraus die verschiedenen Gewerkschaften an eine Neuregelung ihres Unterstützungswesens herangemacht, indem sie es auf den Kriegsfall zugeschnitten haben. Man muß anerkennen, daß sie dabei solidarisch gehandelt und ohne naheliegende Streitigkeiten Lösungen gefunden haben, mit denen alle Beteiligten zufrieden sind. Um so mehr muß man aber auf der andern Seite diejenigen Stadtverwaltungen tabeln, die in ihren städtischen Unterstützungen die Gaben der Organisationen in Abzug bringen wollen. Glücklicherweise sind sie nur vereinzelt. Die allermeisten Stadtverwaltungen berücksichtigen die Gewerkschaftsunterstützungen bei ihren Feststellungen nicht weiter.

Die herrschende Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie bildet den hauptsächlichsten Gegenstand einer Verhandlung, die in Berlin zwischen den Zentralvorständen der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen des Holzgewerbes stattfand. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes, auf dessen Anregung hin die Vorstände zusammengetreten sind, unterbreitete der Sitzung eine Anzahl von Vorschlägen, wie der Arbeitslosigkeit zu begegnen und auch wie die bestehenden Tarifverträge gegenüber den ungünstigen Bestumständen zu schützen und hochzuhalten seien. Es muß anerkannt werden, daß die Unternehmervertreter in gleicher Weise den guten Willen bekundeten, an der Erhaltung und Werschaffung von Arbeitsgelegenheit mitzuwirken, woraus sich alsdann die einstimmige Annahme der nachfolgenden, den örtlichen Vertragsparteien zu unterbreitenden Vorschläge ergab. Die Beschlüsse der Zentralvorstände lauten:

a) Zur Bänderung der Arbeitslosigkeit.

1. Die Zentralvorstände richten an die örtlichen Vertragsparteien (Arbeitgeber wie Arbeitnehmer) das dringende Ersuchen, unverzüglich zu einer Sitzung der örtlichen Vorstände unter Teilnahme der Mitglieder der Schlichtungskommission zusammenzutreten, um die Frage zu prüfen, auf welche Weise der durch den Krieg erzeugten Notlage der Gewerksangehörigen, insbesondere der herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken ist.

2. In erster Linie muß es das Bestreben aller umsichtigen Verbandsleitungen sein, auf die Schaffung und Erhaltung möglichst dauernder Arbeitsgelegenheit bedacht zu sein und zu diesem Zweck auf die Arbeitgeber, welche ihre Betriebe eingeschränkt oder stillgelegt haben, einzuwirken, soweit als irgend möglich die Tätigkeit wieder aufzunehmen oder fortzusetzen.

3. Es sollten gemeinsame Eingaben oder öffentliche Aufforderungen an die Kommunalbehörden, Bezirksamter sowie an Private gerichtet werden, die Bauten fortzuführen und die hierfür benötigten Tischlerarbeiten, ebenso Wohnungseinrichtungen usw. tunlichst sofort in Auftrag zu geben.

4. Dabei sollte zugleich, soweit es sich nicht um die Erledigung bringender Kriegsaufträge handelt, die Arbeitszeit in allen Betrieben möglichst einheitlich eingeschränkt werden, um recht viele Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Ob diese Arbeitszeiteinschränkung in der Form von Feiertagen oder in einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens sechs bis sieben Stunden bestehen soll, bleibt der örtlichen Verständigung vorbehalten.

5. Weitere Entlassungen von Arbeitern sollten nicht erfolgen, bevor nicht die Arbeitszeit entsprechend verkürzt wurde.

6. Soweit eilige Aufträge für die Heeresverwaltung oder anderer Art vorliegen, sollten anstatt Ueberstunden möglichst Doppelschichten eingelegt werden.

b) Hochhaltung der Tarifverträge.

7. Durch die vorstehend empfohlene Einschränkung der Arbeitszeit werden die entsprechenden Bestimmungen der bestehenden Tarifverträge nicht berührt. Es muß vielmehr für die beiderseitigen Verbandsangehörigen unter allen Umständen der Grundsatz gelten, daß die in jahrelanger opfervoller Arbeit beider Parteien geschaffenen Tarifverträge auch über die Zeit des Krieges hinaus ihre volle Gültigkeit behalten und in jeder Beziehung zu schützen und einzuhalten sind. Das Gewerbe würde selbst am meisten zu leiden haben, wenn sich in der Zukunft die Kämpfe wiederholen müßten, welche der Herbeiführung unserer heutigen tariflichen Einrichtungen vorausgegangen sind.

8. Zu den Vertragsverhandlungen, der Kündigung oder Fortsetzung der im nächsten Frühjahr ablaufenden Verträge werden die Zentralvorstände Ende Oktober oder in der ersten Novemberwoche in einer Sitzung Stellung nehmen. Bekanntlich besteht im Holzgewerbe der Brauch, daß in erster Linie die Ortsparteien als die verantwortlichen Träger der Tarifverträge anzusehen sind, weshalb es auch deren Sache ist, die für den einzelnen Ort maßgebenden Beschlüsse herbeizuführen. Es darf jedoch erwartet werden, daß sowohl die Arbeitgeber- wie die Arbeitervertreter sich mit derselben Einmütigkeit wie es die Zentralvorstände getan haben, der gestellten Aufgabe widmen werden, da es gilt, in umständlicher Weise der herrschenden Not zu steuern und zugleich für die Zukunft vorzubauen.

Arbeitsregelung im Chemigrappen- und Kupferdruckgewerbe während der Kriegszeit. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Chemigrappen- und Kupferdruckerhandwerks sind seit dem Jahre 1904 durch einen Reichstarif geregelt. Wie in einigen Gewerben durch die Kriegswirren die Arbeitslosigkeit eine sehr große geworden ist, so auch hier: sie betrug in einer Reihe Städte schon Ende August 52 pSt. Dadurch hat sich das Tarifausschussamt veranlaßt gesehen, an die Prinzipale und Gehilfen, die der Tarifgemeinschaft angehören, einen Aufruf zu versenden, in dem mitgeteilt wird, daß die dem Tarifausschussamt gemeldete Zahl der Arbeitslosen, die am 27. Juli schon eine sehr bedeutende war, mit Beginn der Kriegserklärung aber von Woche zu Woche stieg. An diesen für die Prinzipale und Gehilfen gleich schweren Wochen habe sich die Tarifgemeinschaft bewährt. Trotzdem beide Teile der Tarifgemeinschaft, Prinzipale und Gehilfen, in dieser Zeit schwer zu leiden hatten und große Opfer bringen mußten, ist die tarifliche Kränkungsfrist überall eingehalten worden. Wo dies nicht möglich war, haben sich beide Teile verständigt.

Eine Tarifauflösung hat deshalb beschlossen, die Mitglieder der Tarifgemeinschaft zur Weherhaltung des Nachstehenden zu ersuchen:

Am Anschluß an die schon in einigen Anstalten getroffene Vereinbarung bittet das Tarifausschussamt, je nach Lage der Betriebsmöglichkeiten, die Anstalten nicht ganz stillzulegen, sondern die Betriebe durch Verkürzung der Arbeitszeit oder Einführung von Wechselschichten aufrechtzuerhalten, um so die Not, die in vielen Familien der Gehilfen einschleichen droht, zu lindern. Das Tarifausschussamt sowie die Tarifausschussmitglieder werden den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft in allen Fragen mit Rat und Tat zur Hand gehen, um unter Berücksichtigung der geänderten Verhältnisse mit beiden Teilen zu einer Verständigung zu kommen.

Die Mitglieder der Tarifgemeinschaft werden gebeten, sich gegenseitig volles Vertrauen entgegenzubringen und sich, wenn irgend möglich, den veränderten Verhältnissen anzupassen, dem Tarifausschussamt aber von allen Vereinbarungen Mitteilung zu machen.

Petition des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Dem Reichsamt des Innern ist eine sorgfältig begründete Petition des Deutschen Textilarbeiterverbandes zugegangen, durch vorübergehende gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für die Herstellung von Heereslieferungen die große Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie mit einschränken zu helfen. Der Bescheid des Reichsamts des Innern steht noch aus.

Genossenschaftliches.

Vollsfürsorge-Kriegsversicherungskasse.

Zum Besten der Angehörigen der im Felde gefallenen oder der an den Folgen des Krieges gestorbenen Kriegsteilnehmer beabsichtigt die Vollsfürsorge im Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, eine Kriegsversicherungskasse zu errichten. Die Vorbereitungen sind soweit getroffen, daß alsbald nach der bereits nachgesuchten Genehmigung durch das Kaiserliche Aufseheramt für Privatversicherung, Versicherungen durch Lösung von Anteilscheinen genommen werden können. Die Beteiligung wird perfekt, sobald auf den Namen eines Kriegsteilnehmers ein Anteilschein gelöst ist; auf einen Kriegsteilnehmer können höchstens 20 Anteilscheine entnommen werden. Nach dem Kriege wird die eingegangene Summe ohne jeden Abzug restlos zugunsten der Angehörigen der Gefallenen und Gestorbenen aufgeteilt. Familienangehörige, Verwandte, Freunde, Gemeinden, Arbeitgeber, Kollegen, Genossen, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, politische oder gesellschaftliche Vereine können auf den Namen eines am Kriege Teilnehmenden zugunsten benützter empfangsberechtigter Angehörigen Anteilscheine erwerben. Das Verfahren soll so einfach wie möglich sein. Näheres wird in der nächsten Nummer bekanntgemacht.

Vom Ausland.

Österreich. Der Verbandsvorstand unseres Bruderverbandes hat, um den Mitgliedern zu ermöglichen, während der Kriegsdauer und der damit für viele Berufscollegen verbundenen Arbeitslosigkeit ihre Mitgliedschaft zu erhalten, folgende Beschlüsse gefaßt und sie als Anhang zu dem geltenden Regulativ veröffentlicht:

Jedes Mitglied hat das Recht, sich seine Beitragzahlung im Falle der Arbeitslosigkeit bis zu zwölf Wochen, das sind drei Monate, ruhen zu lassen. Während der Zeit der dreimonatigen Stundung bleibt das Mitglied in allen Unterhaltungsleistungen des Verbandes vollständig genutzbar. Wenn ein Mitglied in der Zeit

der Stundung Krankengeld oder Reiseunterstützung bezieht, so sind die gestundeten Beiträge in Abzug zu bringen. Ist ein Mitglied nach Ablauf dieser zwölf Wochen noch weiter arbeitslos, so hat es das Recht, die Ablegung von Freimarken zu verlangen.

Für die Zeit des Bezuges der Freimarken ruht für das Mitglied der Bezug von Krankengeld und Reiseunterstützung. Auf alle anderen Unterstützungen des Verbandes (Sterbeunterstützung, Rechtschutz usw.) hat das Mitglied auch während der Zeit des Bezuges der Freimarken Anspruch und bleiben alle Mitgliederrechte aufrecht.

Sobald das Mitglied wieder Arbeit hat, ist der Bezug der Freimarken sofort wieder einzustellen, und das Mitglied ist verpflichtet, seine laufenden Beiträge ordnungsgemäß zu bezahlen.

Nachdem das Mitglied wieder vier laufende Beiträge gezahlt hat, kommt es in den ungeschmäleren Genuß der Kranken- und Reiseunterstützung auf Grund seiner ganzen Mitgliedsdauer.

Diese Bestimmungen haben nur während der Dauer des Krieges Gültigkeit.

Durch diese Sonderbestimmungen ist es allen Mitgliedern möglich, heißt es weiter, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten, und der Verband wird trotz der Kriegskrise seinen Mitgliederstand erhalten. Die Durchführung dieser Reform widerlegt am besten alle Verleumdungen unserer Feinde. Alle Mitglieder erkennen aber daraus, daß unser Verband alles tut und tun kann, um seine Pflicht gegenüber den Mitgliedern und der ganzen Kollegenschaft zu erfüllen. An den Mitgliedern ist es, auch ihrerseits ihre Pflicht zu erfüllen. Mit vereintem Zusammenwirken wird unsere Organisation auch in dieser schweren Zeit voll und ganz im Interesse der Kollegen wirken und stark und mächtig sein, wenn wieder die Zeit kommt, höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wir erwarten, daß alle Mitglieder diese Reform mit Freude begrüßen und unsere Funktionäre in allen Orten, ohne Protektion, nur gerecht, nach den Bestimmungen genau handeln werden. Wenn wir alle unsere Pflicht erfüllen, so wird Ordnung in unsern Reihen sein. Also, Kollegen! Kein Jagen, vertrauet auf eure und die Kraft unserer Organisation, und allen wird der Lohn für diese Treue und Solidarität werden!

Fachtechnisches.

Vom Verband deutscher Lacksfabrikanten (D. V.) in Berlin werden wir um die Aufnahme nachstehenden Aufrufs ersucht:

Aufruf an alle deutschen Lackverbraucher.

Eine ernste Mahnung in ernster Zeit. Unser Verband, dem 132 deutsche Lackfabriken angehören, hat es von jeher für seine Aufgabe gehalten, Propaganda gegen die Verwendung englischer Lacke zu machen. Stets haben wir damit Erfolg gehabt. Der Import Deutschlands in englischen Lacken ist seit langem von Jahr zu Jahr wesentlich zurückgegangen. Deutsche Behörden, die Staatsbahnen und Kaiserlichen Werften, welche allerhöchste Ansprüche an die Güte der Lacke stellen müssen, verwenden seit einer Reihe von Jahren grundsätzlich nur noch deutsche Lacke.

Bisher war es nur der deutsche Lack allein, dem wir durch seine vorzügliche Qualität und seine Preiswürdigkeit unsern Erfolg zu danken hatten. Die Lackverbraucher lernten immer mehr einsehen, daß die deutschen Lackzeugnisse den englischen nicht nur gleichwertig, sondern vielfach sogar überlegen sind. Immer mehr drang die Einsicht durch, daß man nicht notwendig habe, lediglich der fremdsprachigen Aufschrift wegen zu teuer und vom Auslande zu kaufen.

Jetzt ist nun der Zeitpunkt gekommen, wo wir uns an die deutschen Lackverbraucher mit der dringenden Witten wenden,

aus patriotischen Gefühlen heraus den letzten Rest eines alten und durch nichts mehr gerechtfertigten Vorurteils vollständig und für alle Zeiten fallen zu lassen.

Die deutschen Lackfabrikanten verlangen keine Unterstützung; sie haben nur den brennenden Wunsch, daß jetzt, nachdem sie bisher aus eigener Leistungsfähigkeit heraus den Inlandsmarkt fast vollständig und vom Auslandsmarkt recht viel erobert haben, die deutschen Lackkonsumenten den letzten Rest eines unberechtigten Vorurteils aufgeben.

Ist es nicht geradezu beschämend, wenn die Vorliebe Deutscher für ausländische Erzeugnisse sich soweit erstreckt, daß deutsche Waren ins Ausland gingen, um mit englischen oder französischen Ursprungszeichen versehen wieder von Deutschland importiert zu werden?

Damit muß jetzt für alle Zeiten Schluß gemacht werden. Ein Verrat wäre es geradezu am eigenen Vaterlande, die Industrie Englands zu unterstützen, eines Landes, das schände und mit den gemeinsten Mitteln die ganze Welt gegen Deutschland auflekt, um vernichten zu lassen, was deutsche Industrie und deutscher Gewerbefleiß

in Jahrzehnten so großartig geschafft haben. — England fühlt, daß es im freien und friedlichen Wettbewerb immer mehr an Gebiet verliert, heßt es andere Völker auf, ein Bestäubungswert zu versuchen, an das seine schwachen eigenen Kräfte allein sich nicht heranzuwagen.

Verband deutscher Lackfabrikanten (D. V.)
Berlin W 15.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co. Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Erteilte Patente: Kl. 9. 278 718. Füllpinsel. Kl. 22. 278 702. Vorrichtung zum Schmelzen und Auftragen wachsender Stoffe unter Verwendung eines beheizten Heizloffes als Wärmequelle. Kl. 22. 278 702. Verfahren zur Hervorhebung der natürlichen Konturen der Jahresringe auf Holzflächen. Kl. 17. 10. 1913. — Kl. 75 b. 278 177. Verfahren zur Herstellung von Mosaiken durch Aufbringen und Einbrennen des Mosaik in mehrfarbiges Email, auf eine Platte aus Glas oder anderem feuerbeständigen Material durch Verschneiden der Platte in Teile und Verkitten der Teile. Giovanni Battista Gianotti, Mailand. Kl. 9. 9. 1913.

Gebrauchsmuster: Kl. 54 g. 614 907. Farbenmuster. Kl. 18. 6. 1914. Kl. 75 c. 616 466. Rostentrost, insbesondere Zigarren, hergestellt ist. Kl. 75 c. 616 466. Rostentrost, insbesondere Zigarren, hergestellt ist. Kl. 75 c. 616 466. Rostentrost, insbesondere Zigarren, hergestellt ist. Kl. 75 c. 616 466. Rostentrost, insbesondere Zigarren, hergestellt ist.

Literarisches.

Die Welt in Waffen. Das unter diesem Titel erscheinende Lieferungsheft über die Kriege der Neuzeit begegnet dem lebhaftesten Interesse. Die Schilderungen sind gleichermaßen belehrend und interessant. Von großem Interesse sind auch die zahlreichen Kriegsbilder, so daß das Studium des Wertes nur allgemein empfohlen werden kann. Es erscheint wöchentlich zum Preise von 20 Pf. pro Heft. Mit dem Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs entgegen.

Der Hausfrau „Schaffkäselein“. Unentbehrliche Rat schläge für die Küche, Reinigung. Wie mache ich mir ein gemütliches Heim? Gesundheitspflege, Rat schläge bei Krankheiten, Vergiftungen, Unglücksfälle, Krankenpflege, Kinderpflege, Wäsche, Schönheitspflege, Haar- und Fingerringe, Vertilgung von Ungeziefer, Alphabetisches Sachregister, Gebetsbuch. Preis 35 Pf. Hof-Verlagsbuchhandlung Edmund Demme, Leipzig.

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptklasse vom 21. bis 26. September. Eingefandt haben für die Hauptklasse: Bremerhaven Kl. 1600, Flensburg 191, 18, Halle 800, Straßund 160, Wilhelmshaven 200. Für den „Vereins-Anzeiger“: Verband der Maler Dänemarks Kl. 160.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Duch-Nr.	Bezahl bis zur	Ort
Jos. Wiegorel	84996	30. Woche 1914	Deuthen
Kurt Runge	86740	82. „ 1914	Leipzig
Ulf. Marquardt	8416	31. „ 1914	Eberswalde
Otto Bessler	88679	82. „ 1914	Gotha
Karl Martin	7842	26. „ 1914	Eberfeld
Rich. Benicke	10827	34. „ 1914	Görlitz
Guft. Müller	17809	26. „ 1914	Stettin
Peter Schardt	19243	28. „ 1914	Wiesbaden
Peter Kerres	27210	30. „ 1914	Nachen
Franz Stollenmeier	35104	30. „ 1914	Stuttgart
Paul Giffler	88174	31. „ 1914	Sirchberg
Karl Böhler	8689	26. „ 1914	Main
Jos. Schmitz	9850	30. „ 1914	Nachen
Heinr. Schmeller	86854	31. „ 1914	Quisburg
Hugo Schädler	90530	13. „ 1914	Gotha

Die Woche vom 4. bis 10. Oktober ist die 40. Beitragswoche. G. Weutker, Kassierer.

Sterbetafel.

Jena. Am 16. September verschied nach längerem Leiden unser ältestes Mitglied, der Mitbegründer unserer Filiale der Kollege Hugo Harz im Alter von 60 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen und aufrichtigen Kollegen.

Odenburg. Am 15. September starb unser Kollege Heinrich Rosenbohm im Alter von 40 Jahren an Lungenleiden.

Ghre ihren Andenten!

MALERSCHULE WILH-SCHUTZE HAMBURG
• Auerkannt beste Schule für Dekorationsmaler •

Schule für Holz- u. Marmorarbeiten
Schablonenstanzisen, runde, ovale, gerade u. gebogene Stanzisen. 1 Satz (40 Eisen) 12 Mk. Verlangen Sie Schablonenprobe von Emil Kästner, Dresden-N., Löbauer Straße 18.

Schule für Holz- und Marmorarbeiten
von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5
Beginn 15. Oktober :: Bestimmungen kostenlos

Maler-Mittel, weltberühmt in Sitz, Haltbarkeit u. Schlicht. Direkter Versand an jedermann ab Fabrik. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen. Emil Kohlmann, Dresden-N., Ritterstr. 3/4.

Schemas Reisehandbuch für wandernde Arbeiter (Fourenh. f. Radf.). 24. 2000 Reisetouren, 3 Karten, Geb. M. 1.50. D. alle Buchh., Kolp. u. J. Scherm, Stuttgart.

Maler-Mantel
110, 120, 130 cm lang
A 3.- 3,20, 3,40
Hosen A 2.-, Drell-Jacken 3,25, Drell Hosen 3.-, Mägen - 40, Kesselfaden 2,2

D. Wurzel & Co., Berlin
Friedrichstraße 18, 1. Et.
Der heutigen Nummer liegt Nr. 3 des „Correspondenzblattes“ bei.